

Antrag 45/I/2022**OV Königs-Wusterhausen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung****Schiengeführte Nahverkehrsanbindung an U-Bahnlinie U7 von Berlin in das angrenzende Umland Brandenburgs bis zum BER**

1 Die SPD-geführte Landesregierung und die Landes-
 2 gruppe Brandenburg in der SPD-Bundestagsfraktion
 3 werden aufgefordert sich aktiv für eine schienen-
 4 geführte Verlängerung der U-Bahn-Linie U7 vom
 5 Stadtrand Berlin in das angrenzende Umland Bran-
 6 denburgs mit seinen direkt anliegenden Wohn- und
 7 Wirtschaftszentren insbesondere auch für einen
 8 überregionalen ÖPNV-Knotenpunkt mit Anschluss
 9 an die A113 in Waltersdorf einzusetzen.

10 Bund und das Land Berlin haben bereits entspre-
 11 chende Planungen und politische Willensbildung
 12 vorangetrieben, um bis 2030 dieses länderübergrei-
 13 fende Projekt zu verwirklichen. Im Land Branden-
 14 burg mit seinen Kommunen sind neue Ideen ent-
 15 wickelt worden (Neo-City, Umlandverkehre Zürich,
 16 etc.), trotzdem darf dieses Vorhaben an unendlichen
 17 Erörterungen nicht scheitern.

18

19 Begründung

20 Es geht hier nicht nur um eine weitere Zuwegung
 21 zum Flughafen BER – ganz im Gegenteil: die süd-
 22 liche Region Brandenburgs hat Zuzug an Mitbür-
 23 ger*innen plus aufstrebende Wirtschaftsbetriebe.
 24 Schon heute ist die Infrastruktur für Brandenburger
 25 Pendler*innen im Verkehr nach und von Berlin an
 26 seiner Kapazitätsgrenze. Selbst ein Ausbau der vor-
 27 handenen Träger Straße/Schiene wird nicht reichen
 28 die verschiedenen Engpässe vor Berlin auf Branden-
 29 burger Gemarkung zu beseitigen.

30 Mit einer weiteren schienengeführten Verkehrs-
 31 anbindung besteht die Chance eines zusätzlichen Ver-
 32 kehrsträgers auf dem Weg von/zur Arbeit in Berlin
 33 bzw. umgekehrt im prosperierenden Brandenbur-
 34 ger Süden zu generieren. Selbst für Pendler*innen
 35 aus der Lausitz bestünde die Möglichkeit über P+R
 36 in Waltersdorf bspw. animiert über verkehrsaktu-
 37 elle Hinweisschilder in den umweltverträglicheren
 38 ÖPNV ohne große Zeitverluste umzusteigen.

39 Dieses Vorhaben kann nicht aufgrund seiner Ein-
 40 ordnung als ÖPNV-Vorhaben durch die betroffe-
 41 nen Landkreise und Kommunen alleine bewältigt
 42 werden. Die Millionen-Investitionen trotz in Aus-

Kein Beschluss zu baulichen Einzelmaßnahmen

43 sieht gestellter 70%iger Co-Finanzierung des Bundes
44 überfordern die regionalen Kassen – außerdem re-
45 den wir hier über eine Maßnahme der Verkehrsver-
46 lagerung, von der die Bürger*innen des Landes Bran-
47 denburg in Gänze profitieren.